Es liegt nunmehr ein Antrag auf Genehmigung einer Anlage zur Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen von 10t/d beim Kreis Coesfeld vor. Zudem sollen auf dem Grundstück bis zu 100 Tonnen ungefährlicher Abfall (ungebrochener Bauschutt oder gebrochener Bauschutt ungeprüft) gelagert werden.

Dieser Antrag ist nach Aussage des Kreises genehmigungsfähig, da die zu erwartenden Geräuschemissionen prognostiziert und beurteilt wurden und eine Überprüfung der kurzzeitig zu erwartenden Geräuschspitzen ergeben hat, dass die zulässigen Maximalwerte nicht überschritten werden.

Die Immissionen (Staub) wurden über werktäglich 9 Stunden, die Immissionen aus Winderosion über die gesamte Zeit einer Woche gemittelt und berechnet. Der Bagatellmassenstrom von 100 Gramm pro Stunde für diffus abgeleitete Staubemissionen wird unterschritten.

Für diesen Antrag ist somit eine positive Stellungnahme nach § 11 Erste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchV) und das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Baugesetzbuch (BauGB) zu erteilen.

Darüber hinaus möchte der Gewerbetreibende diese Nutzung ausweiten. Er hat hierzu einen Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes „Eichenkamp“ gestellt (**Anlage**)
Der Antrag beinhaltet folgende Punkte:

- 1) Wegfall der Grünflächen zur östlichen Grundstücksgrenze,
- 2) Verschiebung der Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen (Ausweitung der im nördlichen Bereich des Grundstückes liegenden GI-Fläche),
- 3) Wegfall des 11,30 m breiten Grünstreifens zur Holtwicker Straße.

Es liegt eine Erklärung des Antragstellers auf Übernahme von Kosten für das Bauleitplanverfahren vor.

zu 1) Der Wegfall des östlichen Grünstreifens kann nicht separat betrachtet werden. Auf den beiden Nachbargrundstücken sind ebenfalls Grünstreifen zur Abgrenzung der Grundstücke ausgewiesen. Diese müssten in diesem Zusammenhang auch entfallen. Die hierdurch entstehenden Kosten für den Ausgleich der Biotopwertpunkte sind dann vom Grundstückeigentümer zu tragen.

zu 2) Hier ist gutachterlich zu prüfen, inwieweit eine Erweiterung des ausgewiesenen Gewerbegebietes Auswirkungen auf die Nutzung der umliegenden Grundstücke hat. Mit der Verschiebung ist es dann auch möglich, die Betriebszeiten auszuweiten.

Zu 3) Der Grünstreifen war bisher in der Breite notwendig, um dem Anbauverbot an die Landstraße L 571 gerecht zu werden. Da diese aber nun seit dem 01.01.2020 in eine Gemeindestraße zurückgestuft wurde, ist eine Änderung des Bebauungsplanes möglich. Aber auch hier ist eine Regelung für den gesamten Grünstreifen zu treffen und für den gesamten Streifen ein Ausgleich von Biotopwertpunkten zu zahlen.

Dieser Sachverhalt wird in der Sitzung näher erläutert und der Beschlussvorschlag dort erarbeitet.

Im Auftrage:

Kenntnis genommen:

Brodkorb
Fachbereichsleiterin

Gottheil
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage: Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes